Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.80, durch die Post Mk. 3.75.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 v. Vorm. 8–6 Uhr Abdds., Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. Zu Rechnen: Gr. Klosterg. 6 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Vorderseite Zeile 20 Pfg., Doppelzeile „unterm Strich" (ungefähr 40 Pfg. Grundzeile für Anzeiger oder nach Zeitungen 20 Pfg., für Familiennachrichten 10 Pfg. bez. 30 Pfg. nach besonderem Tarif.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an.
Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang. Dresden, 1896.

Lobeck & Co.,
Hoflieferanten Seiner Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf **Altmarkt 2.**

Pfund's Milch-Seife
mit reinem, lockter Kokosöl.
Bade-Kinder-u. Familienseife
macht die Haut weich und zart.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

„Heimchen am Herd"
Illustrierte Wochenschrift für die Familie.
Preis nur 40 Pfg. pro Nummer.
Verlag des **„Universum"**, Dresden.

Tapeten.
Gustav Hitzschold, Moritzstrasse 14.
Tapeten.

Julius Beutler, Dresden, Wallstrasse 15
empfiehlt in **grösster** Auswahl:
Eiserne Oefen u. **Herde, Haus-, Küchen-** und **Landwirthschafts-Geräthe.**

Tiroler, bairische, steirische Nationaltrachten für Costümfeste
empfiehlt in grosser Auswahl **Jos. Fiechtl** aus Tirol, **Schloss-Strasse 23,** neben dem Königl. Schloss.

Nr. 24. Spiegel: Aufstand auf Cuba. Hofnachrichten. Jahrmärkte. Stadtverordnetensitzung. Kunstgewerbeverein. „Urne". Bezirksausschußsitzung. Gerichtsverhandlungen. „Albino-Concert". | Muthmaßliche Witterung: Heiter, kalt. | **Sonnabend, 25. Januar.**

Für die Monate Februar u. März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **1 Mark 70 Pfennigen,** für auswärts bei **den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 1 Gulden 69 Kreuzern** angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten",
Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Nach den neuesten amtlichen Depeschen aus Cuba sollen die Spanier den Aufständischen mehrere Niederlagen beigebracht haben. Man wird indeß gut thun, solche Siegesnachrichten skeptisch aufzunehmen. Wiederholt hieß es in Madrid, daß die Lage der Insurgenten eine kritische sei und daß die Entscheidung nahe bevorstehe. Aber jedesmal erwiesen sich schließlich die Siege der Spanier als Erfolge der Insurgenten, die immer größeres Terrain gewannen, während sich die spanischen Truppen auf ihrem sogen. Siegeszuge nach rückwärts konzentriren mußten. Nach den Versprechungen der Regierung sollte der Aufstand eigentlich schon im Mai vorigen Jahres bezwungen sein. Später ließ man offiziell erklären, daß erst nach beendigter Regenperiode ein Feldzug im großen Stile unternommen werden könnte. Aber aus den Ergebnissen dieses Feldzuges muß man den Schluß ziehen, daß die Lage auf Cuba von einer günstigen Wendung für Spanien weiter denn je entfernt ist. Die Spanier haben sich in die Hauptplätze zurückziehen müssen, der Aufstand hat sich inzwischen über die ganze Insel ausgedehnt und die Hauptstadt Havannah erscheint ernstlich von dem Feinde bedroht. Der deutlichste Beweis, daß die Spanier in den letzten Monaten in der Niederwerfung des Aufstandes keine positiven Fortschritte gemacht haben, ist die Abberufung des Marschalls Martinez Campos. Als dieser den Oberbefehl auf Cuba übernahm, da war man in ganz Spanien überzeugt, daß sein bloßes Erscheinen genügen werde, die Insurgenten in die Flucht zu schlagen. Jedoch trotz der größten Anstrengungen, trotz des ihm zur Verfügung gestellt wurde, ist es ihm nicht gelungen, einen durchschlagenden Erfolg davonzutragen. Als der populärste Mann Spaniens, als der ruhmgekrönte, unbesiegbare Feldherr, als der Stolz seines Vaterlandes ging er nach Cuba; als gefallene Größe hat er jetzt seine Rückkehr angetreten, durch welche zugleich das Prestige der spanischen Waffen zerstört ist. Die Abberufung des tapferen Marschalls ist auf Verlangen derjenigen Parteien in Havannah erfolgt, die noch zu Spanien halten; sie wiesen hierbei auf die gänzliche Erfolglosigkeit seiner Kriegführung und auf die großen Gefahren hin, die aus der Fortsetzung der Politik entstehen würden, die er in Cuba befolgt hat. Für Campos sind bezeichnenderweise nur die sogen. Autonomisten eingetreten, welche die Selbstverwaltung der Insel unter der Oberhoheit der spanischen Krone erstreben. Thatsächlich freilich betrachten die Autonomisten die Autonomie nur als eine Vorstufe zur völligen Losreißung der Insel von Spanien, und diesem Wunsche, daß Campos den Oberbefehl behalten möge, dürfte wohl die Hoffnung zu Grunde liegen, daß auf diese Weise das äußerste Ziel ihrer Bestrebungen am sichersten erreicht werden möchte. Campos war von jeher ein Freund einer gemäßigten Reformpolitik Cuba gegenüber: er sah daher seine Aufgabe nicht als eine rein militärische an, sondern hoffte, den Aufstand nicht allein durch Gewalt, sondern durch die Gewährung berechtigter Reformmaßregeln, sowie durch versöhnliches Entgegenkommen und durch Bereitwilligkeit zur Verständigung zu bewältigen. Er zeigte selbst den Insurgenten gegenüber eine weitgehende Milde und Nachsicht; rühmte er sich doch ausdrücklich, während des ganzen bisherigen Feldzuges keinen Aufständischen standrechtlich erschossen zu haben. Erfolg hat diese Taktik allerdings nicht gehabt; die Gegner sahen darin eine Schwäche, fühlten sich ermuthigt und der Aufstand wuchs in's Riesenhafte.

Der Wechsel des Oberbefehls in Cuba bedeutet zugleich einen Wechsel des Systems in der Bekämpfung der Revolution. An die Stelle der milden Kriegführung des Marschalls Martinez Campos soll die härteste Strenge gegen die Aufständischen treten. Der neue Oberbefehlshaber General Weyler, ein entschiedener Gegner der cubanischen Autonomie, gilt als ein rücksichtsloser Soldat von ungewöhnlicher, bis zur Grausamkeit gehender Thatkraft. Er hat bereits die Behörden in Cuba angewiesen, mit unerbittlicher Strenge gegen die Revolutionäre und deren Helfer vorzugehen, und der Schrecken, der seinem Namen vorausgeht, soll bereits die Wirkung gehabt haben, daß zahlreiche Personen, deren Verbindungen oder Verwandtschaft mit den Aufständischen bekannt ist, die Insel verlassen und nach den Vereinigten Staaten oder auf die benachbarten Antillen flüchten. Es frägt sich nur, ob diese Methode von Erfolg gekrönt sein wird. Die spanische Geschichte kennt zahlreiche Beispiele, die beweisen, daß die Politik eines Alba nicht zum Ziele führt, wenn vielleicht auch momentan eine bedingungslose Niederwerfung herbeigeführt wird. Selbst das blutigste Soldatenregiment und die schonungslosesten Unterdrückung und Ausrottung aller zum Aufruhr geneigten Elemente wird nicht im Stande sein, die Perle der Antillen dem spanischen Mutterlande zu erhalten. Hinter den cubanischen Rebellen stehen die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Zwar hat die Regierung in Washington bisher formell den Standpunkt der Neutralität beobachtet und dem Verlangen vieler Einzelstaaten, den Aufständischen von Cuba die Eigenschaft einer kriegführenden Macht zuzusprechen, nicht nachgegeben. Aber daß die gesammte öffentliche Meinung in der Union die Losreißung Cubas von Spanien gutheißt und fordert, hat deutlich der Vorfall gezeigt, der sich vor einigen Tagen im Repräsentantenhause in Washington abgespielt hat. Unter stürmischen Beifallskundgebungen ertheilte bei der Eröffnung einer Sitzung der Geistliche „die Beihilfe und den Segen des Himmels für die Bewohner der blühendsten Insel unseres Erdtheils, welche um ihre Freiheit kämpfen". Thatsächlich äußert sich die Theilnahme der Yankees, die sich schon lange als die Erben Spaniens in Cuba betrachten, nicht blos in platonischen Sympathiebezeugungen, sondern in der sehr wirksamen Unterstützung der Aufständischen durch Geld, Waffen und Kriegsmittel aller Art.

Daß die Spanier trotz der gewaltigen Opfer, welche Cuba bereits in dem letzten Jahre an Volkskraft und Nationalvermögen gekostet hat, noch immer verzweifelte Anstrengungen machen, die letzte werthvolle Kolonie, die sie besitzen, zu behaupten, ist begreiflich. Von dem Ausgang der cubanischen Revolution hängt die Machtstellung Spaniens ab. Cuba ist der Rest der ehemaligen spanischen Weltherrschaft, mit dessen Verlust von den glorreichen Tagen der Größe, die mit der Entdeckungsreise des Columbus begannen, nichts mehr übrig bleiben würde, als eine „schöne Erinnerung". Schon längst sind die Zeiten vorüber, in denen Spanien in der europäischen Politik eine leitende oder auch nur eine beachtenswerthe Rolle gespielt hat; aber der alte castilianische Stolz vermag sich noch immer aufrecht zu erhalten, so lange wenigstens in der Perle der Antillen ein immerhin noch kostbarer Rest kolonialer Größe vorhanden ist. Geht aber auch Cuba noch verloren und wird damit der vollständige Verlust des einst so ausgedehnten amerikanischen Kolonialbesitzes besiegelt, so bedeutet das nicht sowohl eine empfindliche materielle Einbuße des spanischen Nationalvermögens, die bei der ohnehin so trübseligen finanziellen Lage Spaniens an und für sich schon schwer genug ins' Gewicht fallen würde, sondern vor Allem eine moralische Niederlage, die dem um noch so spärlich vorhandenen Ansehen der alten Monarchie Karls V. und Philipps II. den Todesstoß geben würde.

Vor 25 Jahren.

Grandville, 25. Jan. Longwy, seit 9 Tagen beschossen, hat kapitulirt; 4000 Gefangene, 200 Geschütze genommen. Mittags ward die Festung besetzt.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 24. Januar.

Bukarest. Kammer. Sturdza beantwortete eine Interpellation, betreffend die Gerüchte über eine Krisis im Schoße des Kabinets, dahin, daß zwischen ihm und dem Minister des Innern, Fleva, keine Uebereinstimmung herrsche. Sturdza stellte die Vertrauensfrage. Die Kammer votirte das Vertrauen einmüthig durch Erheben von den Sitzen. Bei der Gegenprobe erhob sich nur ein Abgeordneter. Die Demission Fleva's wird als sicher angezeigt.

Berlin. Reichstag. Präsident v. Buol ruft nachträglich den Abg. v. Kardorff zur Ordnung, weil derselbe gestern den Abg. Barth einen infamen Lügner genannt habe, falls derselbe seine Behauptung nicht nachweise, daß die bimetallistische Liga in Deutschland Agenten besolde. — Auf der Tagesordnung steht der Etat des Reichsamts des Innern. — Bei Titel 1, Gehalt des Staatssekretärs, bemerkt Abg. Gamp (Reichsp.): Die Normalverhütungsvorschriften für die landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften treten gar zu oft mit den Anforderungen der Praxis in Widerspruch. Zweckmäßig würde es sein, schon in den Schulen eine gewisse Anleitung im Sinne der Unfallverhütung zu geben, auch durch geeignete Bücher. Die Betriebsunternehmer bedürfen angesichts jener Normalvorschriften geradezu eines Schutzes gegen das Reichsversicherungsamt. — Staatssekretär v. Bötticher: Die betreffenden Bestimmungen sind ja gar nicht Vorschriften des Reichsversicherungsamtes, sondern nur auf dessen Anregung unter Mitwirkung von Delegirten der landwirthschaftlichen Berufsgenossenschaften und des preußischen Landwirthschaftsministeriums als Muster aufgestellt worden. Der Erlaß von Vorschriften steht den Berufsgenossenschaften zu, die nicht an den Wortlaut des Musters gebunden sind, sondern den Bedürfnissen ihres Bezirks entsprechen können. — Abg. v. Staudy (kons.): Das Muster des Reichsversicherungsamtes ist doch wohl mehr als eine blaue Anregung, jedenfalls ist dieses Muster ein Monstrum. — Abg. v. Manteuffel (kons.) stimmt in der Beurtheilung besagter Vorschriften mit Herrn v. Staudy überein. — Abg. Dr. Lingens (Centr.) ist erfreut über die Entwickelung der Fabrikinspektion. — Abg. Wurm (Soz.) findet, daß in Bezug auf die Unfallverhütung zu wenig geschehe und beklagt namentlich die Verquickung von Fabrikinspektionen und Kesselrevisionen. Letztere beanspruchen volle ⅔ der Zeit des Aufsichtsbeamten, deren es in Preußen nur 166 giebt, während 1800 erforderlich sind. Die Kesselrevision bedingt, daß die Fabrikinspektoren stets ihr Erscheinen vorher ansagen, da der Kessel um kalt revidirt werden kann, und dann finden sie natürlich in der Fabrik Alles in Ordnung. Für die Fabrikinspektion müßte eine Reichs-Centralstelle geschaffen und die Fabrikinspektoren zur zwangsweisen Durchführung ihrer Anordnungen ermächtigt werden. Bei uns beharre man leider auf dem Krähwinkler Standpunkte, Frauen von der Fabrikinspektion auszuschließen. Am schlimmsten seien die Zustände in Elsaß-Lothringen. Leider gehe der Staat nicht mit der gehörigen Energie gegen die Arbeitgeber vor, besonders gegen gewisse verkommene brutale Unternehmer, wie der badische Fabrikinspektor Wörrishofer sie schildere, der dafür von dem Heidelberger Antisemitenblatte scharf angegriffen wurde. Das beweise, daß die Antisemiten thatsächlich Gegner des proletarischen Volkes seien. (Abg. Iskraut [Antis.] ruft: Sehr falsch!) (Heiterkeit). Die Arbeiterausschüsse seien zu sehr von den Arbeitgebern abhängig und von anderen Arbeiterorganisationen wolle man natürlich nichts wissen. Weshalb wende man sich nicht an die Gewerkschaftskartelle? Der Gerner Fabrikinspektor klagt in seinem Berichte darüber, daß alle seine Bemühungen, in den Teppichfabriken Zwangsvorrichtungen für die Weberschiffchen bei der Polizei bez. den Berufsgenossenschaften durchzusetzen, mißlungen seien. Diese Vorrichtungen unterlasse man, weil sie die Arbeiten verlangsamten und so den Profit verringerten. Wie elend und gesäbelich seien vielfach die Bedürfnißanstalten. Wie schutzlos seien die hausindustriellen Arbeiter; zu deren Schutz habe die Regierung noch keine Zeit gehabt, wohl aber zur Durchlöcherung der Sonntagsruhe. Neulich habe man unter einem Gemälde die Inschrift gelesen: „Auf zum Kampf für die heiligsten Güter der Nationen!" Zu diesem Kampfe sind im Deutschen Reiche Aufgaben genug gegeben, aber diesen Aufgaben widmet man sich nur im Interesse des Unternehmerthums und deshalb wird das deutsche Volk über die Gesellschaftsordnung zur Tagesordnung übergehen. — Staatssekretär v. Bötticher: Ich glaube, das Urtheil des deutschen Volkes über das deutsche Unternehmerthum wird anders lauten, ebenso über das, was Reichstag und Regierung gethan haben. Der Vorredner hätte jedenfalls, wenn er nur sachlich die Mißstände, die da vorhanden sind, dargelegt hätte, mehr Effekt erzielt, als mit seinen Irrden und Angriffen auf die Regierung und Unternehmer. Ich bin stets bereit, berechtigte Klagen ihrer Abhilfe entgegen zu führen. Ich bin auch völlig unterrichtet über die mancherlei Wünsche, welche im Lande bezüglich der Gewerbeaufsicht bestehen; aber z. B. die Frage der weiblichen Fabrikaufsicht ist eine bestrittene, und wenn der preußische Handelsminister diese weibliche Aufsicht nicht für nützlich anerkennt, so kann er zu deren Einführung von Reichswegen nicht genöthigt werden. Die Ausgestaltung der Gewerbeaufsicht ist Landessache. Vorredner hat zwar die Schattenseiten mit Fleiß zusammengetragen, aber die Lichtseiten nicht gebührend berücksichtigt. — Württembergischer Regierungsdirektor Schicker bemerkt einer Aeußerung des Abg. Wurm gegenüber, die Trennung von Fabrikaufsicht und Kesselrevision in Württemberg sei nicht erfolgt weil die Verbindung beider Obliegenheiten sich nicht bewährt habe, sondern weil die Kesselrevision den Beamten des Privat-Kesselrevisions-Vereins zugleich mit der gesammten äußeren Revision übertragen worden sei. — Abg. Iskraut nimmt die Antisemiten gegen die vom Abg. Wurm erhobenen Vorwürfe in Schutz. Die ganze Rede Wurm's habe nur einen agitatorischen Zweck gehabt. Die Sozialdemokratie hetze nur. (Rufe links: Schlacht bei Springe!) Hierauf wolle er der Sozialdemokratie ein anderes Mal antworten. Nur wegen ihrer ganzen Stellung sei diese Partei blind und herzlos und undankbar für das, was die Regierung an Arbeiterschutz gethan. Die heiligsten Güter brauchten uns nicht mehr genommen zu werden, denn diejenigen Asiaten, die sie uns nehmen, seien längst, wie Figura zeige, von Asien nach Europa gekommen (Heiterkeit). — Abg. Stadthagen (Soz.) und Beckh (freis. Volksp.) wollen die Abschaffung der Berufung von den Gewerbegerichten an die ordentlichen Gerichte. — Staatssekretär v. Bötticher sagt Erwägung zu. — Hierauf wird das Gehalt des Staatssekretärs genehmigt und ebenso debattelos einige weitere Titel. — Weiterberathung morgen.

Berlin. In Begleitung des Königs von Sachsen, der am Sonntag Mittag hier eintrifft, werden sich die Prinzen Friedrich August und Johann Georg befinden. Die Rückreise nach Dresden ist vorläufig auf Montag Abend angeordnet. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht amtlich: Der König hat den Fürsten Bismarck, Herzog von Lauenburg, den Präsidenten der physikalisch-technischen Reichsanstalt, Prof. Dr. Friedrich Kohlrausch zu Charlottenburg, den Geh. Regierungsrath Prof. Hermann Grimm zu Berlin, den Geh. Justizrath Prof. Heinrich Brüller zu Berlin und den bayerischen Geh. Rath Prof. Dr. Albert Kölliker zu Würzburg nach stattgehabter Wahl zu stimmfähigen Rittern des Ordens pour le mérite für Wissenschaft und Künste ernannt. — In der heutigen Sitzung der Budgetkommission wurden mehrfache interessante Aufschlüsse gegeben. Auf Anfrage erklärte der Kriegsminister, daß er ebenso wie der Reichskanzler entschlossen sei, den Volksschullehrern, die ein Seminar absolvirt haben, die volle Berechtigung als Einjährig-Freiwilliger zu gewähren. Wer die Kosten selbst nicht tragen könne, werde aus Staatskosten gekleidet und untergebracht werden. Abg. v. Maltzew ersucht um eine Aeußerung über die Umformung der Halbbataillone und die etwaigen Konsequenzen für die Bauten zu ihrer Unterbringung. Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff erwiderte, daß er eine Präsenzerhöhung nicht zu beantragen gedenke, daß also nur eben so viel Soldaten als bisher unkerzubringen seien. Bezüglich einer Mittheilung des „Hann. Cour." über den Plan, eine Artillerievorlage einzubringen, die 20 Millionen Mark kosten würde, erklärte der Kriegsminister, von einer solchen Vorlage nichts zu wissen, er habe keine gemacht und der Schatzsekretär sei eben so wenig damit betraut worden. Jene Zeitungsnotiz sei also vollkommen irrig. — Die Justizkommission des Reichstages lehnte heute bei Berathung der Strafprozeßnovelle mit 9 gegen 8 Stimmen einen Antrag des Abg. Munckel ab, wonach die Wiederaufnahme eines Verfahrens auch dann stattfinden soll, wenn bei dem Urtheil ein Richter mitgewirkt hat, von dem später erkennbar wird, daß er von Geisteskrankheit befallen ist und schon zur Zeit der Urtheilsfällung an dieser Krankheit gelitten hat. Zur Begründung dieses Antrags war der Fall Braunsweiler angeführt. — Die Einbringung der Zuckersteuervorlage im Reichstag steht in der nächsten Woche bevor.

Berlin. Das preußische Abgeordnetenhaus überwies die Verordnung, betr. Wiederaufbau des durch Brand zerstörten Fleckens Brotterode einer Kommission. Die Rechtsbeständigkeit dieser Notheverordnung wurde nicht bemängelt, wohl aber ihr Inhalt. Von verschiedenen Seiten wurde Staatsunterstützung befürwortet. Seitens der Regierung wurde dem widersprochen, weil damit ein bedenklicher Präzedenzfall geschaffen wird. Der Justizminister stellte überdies das Haus vor die Alternative, die Verordnung unverändert anzunehmen oder sie abzulehnen. Dienstag beginnt die Spezialberathung des Etats.

Berlin. Die Explosion eines aus Dresden hier angekommenen mit Patronen gefüllten Packetes fand heute früh auf dem Postamte 52 in Moabit eine Aufregung hervor. Verletzt wurde Niemand, obwohl zahlreiche Personen den Schalter umstanden. Das Packet war an die Königl. Staatsanwaltschaft beim Landgericht I in Berlin adressirt und sollte im Augenblick der Explosion zur Ausgabe gelangen. Die sofort eingeleitete Untersuchung ergab, daß es sich um eine Sendung des Amtsgerichts Dresden in einer Strafsache wegen Unterschlagung, die hier in Berlin begangen sein soll, handelte. Das Packet enthielt einen Revolver vom Kaliber 7 Millimeter und die dazu gehörigen Patronen. Die Sendung war in Dresden schlecht verpackt worden, sodaß der Pappkasten, der die Patronen enthielt, unterwegs entzwei ging. Es fielen dann einige Patronen heraus und entzündeten sich bei dem Aufschlagen, als das Packet auf den Tisch gelegt wurde. — Gegen den Oberfeuerwerker Nürnberg in Siegburg, der aus der Untersuchungshaft entlassen worden ist, ist ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden, in welchem er sich dagegen zu rechtfertigen hat, daß er die Explosion in Siegburg, welche 3 Todesopfer forderte, nicht verhindert hat.

Wein-Grosshandlung Heinrich Grell Wein-Restaurant
Zahnsgasse 2 mit Fremden-Zimmer.